

PROTESTWELLE HÄLT AN

„Den Südring begraben“

Bürgerinitiative formiert sich zu geballtem Widerstand

VON RAFAEL SALA

Oberhaching – Ein starkes Votum gegen den Südring: Nach der „Agenda 21“ aus Pullach (*wir berichteten*) formiert sich jetzt auch die „Vereinigte Bürgerinitiative Südlicher Erholungsraum München“ zu geballtem Widerstand gegen den umstrittenen Ringschluss zwischen der Lindauer- und der Salzburger Autobahn. Angeschlossen sind dem 1973 gegründeten Verband zahlreiche Gruppierungen aus dem Hachinger-; dem Isar- und dem Würmtal sowie der Landeshauptstadt München, darunter der „Verein zur Erhaltung und Pflege des Perlacher-/Grünwalder Forstes“ mit Sitz in Harlaching und die „Schutzgemeinschaft Deisenhofener Forst“. Bündnis-Sprecher Karl Hofmann aus Oberhaching fordert, die Pläne für den Südring für immer und ewig zu begraben.

Man sei „erstaunt“, dass der Autobahnringchluss immer noch nicht aus der Liste der Anmeldungen zum Bundesverkehrswegeplan 2015 gestrichen sei, kritisiert Hof-

Oma grüßt Enkel...
... mit einer herzlichen Anzeige zu Weihnachten



☎ 089/5306-666
🌐 www.merkurtz.de

mann: „Da die jahrzehntelangen Einwendungen gegen dieses verkehrs- und umweltpolitisch unsinnige Projekt offenbar noch nicht registriert sind, protestieren wir hiermit noch einmal schärfstens gegen diese Planung.“

Forstflächen würden unwiederbringlich zerstört

Die Machbarkeitsstudie habe gezeigt, dass der Bau des Südrings allenfalls durch eine Tunnellösung im Isartal zu realisieren sei. Außerdem sei das Projekt mit „nicht ver-

kraftbaren Kosten“ in der Größenordnung von 1,2 Milliarden Euro verbunden. „Der Südring bedeutet eine Zerstörung des Forstenrieder Parks und Perlacher Forsts“, hält Hofmann fest. Zudem werde der Verkehr auf der A 99 im Nordosten Münchens durch den Südring nur marginal entlastet.

Scharfe Kritik üben Hofmann aus Oberhaching und der Grünen-Bundestagsabgeordnete Toni Hofreiter aus dem Landkreis München außerdem an der Praxis des Freistaats: Statt einfach Ländewünsche „maximal zu sammeln“, sei es sinnvoller, bereits vorab eine Wertung der Straßenbauprojekte hinsichtlich ihrer Verkehrsbedeutung und Umweltaspekte vorzunehmen.

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung habe er diese System-Umstellung bereits angekündigt, sagt Hofreiter. In Bayern sei er aber offenkundig bislang auf taube Ohren gestoßen: „Damit sind die Konflikte, wie bisher, programmiert.“